

Presseinformation

9. Februar 2010

Studie zur sozialen Situation in Niederösterreich präsentiert

Scheele: Unterstützung bei Bildung, Kinderbetreuung und Pflege

„In Niederösterreich sind 170.000 Menschen armutsgefährdet“, sagte Landesrätin Mag. Karin Scheele heute, 9. Februar, bei der Präsentation einer aktuellen Studie zu den Themen Armut, Einkommen und Soziales in St. Pölten. „Mit einer Armutsgefährdungsquote von elf Prozent liegt Niederösterreich für das Jahr 2008 im österreichischen Mittelfeld.“ Besonders Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien, Pensionisten, Personen mit geringer Bildung und Migranten seien in erhöhtem Ausmaß von Armut betroffen. „Auf der anderen Seite können immer mehr Menschen als reich bezeichnet werden, die Kluft wächst“, führte die Landesrätin weiter aus, die auch betonte: „Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das monatliche Durchschnittseinkommen im Jahr 2008 bei 805 Euro netto, zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.449 Euro im Monat auskommen.“

Auch Erwerbsarbeit schütze immer weniger vor Armut und Armutsgefährdung. Obwohl die Erwerbstätigenquote in Niederösterreich mit 73,9 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt liege, „waren nur noch knapp 60 Prozent aller Beschäftigten Normalarbeitsplätze, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen“, so die Landesrätin: „Mittlerweile gelten 67.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher als ‚working poor‘, da sie mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 1.000 Euro auskommen müssen.“

Als konkrete Schwerpunkte und Maßnahmen gegen die Armutsgefährdung nannte die Landesrätin u. a. die Themen Aus- und Weiterbildung, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflege betagter Menschen.

Die Studie über die soziale Situation in Niederösterreich wurde von der „Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung“ (ÖGPP) verfasst. Die Autoren der Studie sind Dr. Andreas Höferl, Leiter der ÖGPP, sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Barbara Hauenschild und Susanne Halmer.

Weitere Informationen: Büro Landesrätin Scheele, Pressereferentin Rita Klement, Telefon 02742/9005-12560, <http://www.politikberatung.or.at/>



Presseinformation